



Die Demonstrierenden auf der Brühler Landstraße führten neben Ingo Brambach unter anderem Bezirksbürgermeister Mike Homann, seiner Stellvertreterin Monika Roß-Belkner und Karl-Heinz Daniel an. Foto: Broich.

Meschenicher Bürger protestierten gegen Anstieg des Durchgangsverkehrs – Engelbert Broich war mit dabei

„Wann kommt endlich die Umgehungsstraße?“

Ein „paradiesischer Zustand“ – werden nicht wenige in Meschenich gedacht haben: Keine rasenden Pkw, keine für noch mehr Abgase, noch größeren Lärm und Erschütterungen sorgenden Schwerlastwagen auf der zentralen Wegführung. Tatsächlich rollte zuletzt auf der Brühler Landstraße kein einziges Kraftfahrzeug. Der Grund lag in einer einstündigen Teilspernung. Sie war bedingt durch eine Demonstration gegen vom Durchgangsverkehr verursachte „LärmKrachWellen“. Von solchen wird der südwestliche Stadtteil in gestiegenem Maße insbesondere im Berufsverkehr heimgesucht.

Zur Kundgebung hatten gemeinsam aufgerufen der eingetragene Verein „aktiv für Meschenich“ und die Bürger- und Vereinsgemeinschaft Meschenich e.V. Die große Resonanz lässt auf einen enormen Leidensdruck schließen. 500 Teilnehmende, darunter etliche Mitglieder der Bezirksvertretung und Unterstützende aus benachbarten Orten, zählten die Organisatoren. Ausgestattet mit Schildern und Transparenten, auf denen Unmut über die Situation und Forderungen zur Abhilfe formuliert waren, zog der „Lindwurm“ einige hundert Meter auf der Brühler Landstraße bis zur

Einmündung Alte Fischenicher Straße. Dort ergriff Ingo Brambach das Mikrofon. Der Geschäftsführer von „aktiv für Meschenich“ dankte eingangs seiner Rede den Helfenden „fürs Malen der Plakate und Austeilen der Flyer“. Ebenso den Anliegern der Brühler Landstraße, die ihre Grundstücke für Protestbanner zur Verfügung gestellt hatten. Die Kritiker fordern zwecks Reduzierung von Lärm- und Schadstoffemissionen endlich die Realisierung der Umgehungsstraße im Westen.

Erste Planungen reichen Jahrzehnte zurück. Das 2010 eingeleitete Planfeststellungsverfahren der projektierten Trasse „B51n“, die die A553/B51 mit der Kreisstraße 27 (Am Kölnberg/Im Feldrain) und schließlich der A4 beziehungsweise dem Güterbahnhof Eifeltor verbinden soll, stockt aufgrund von Einwänden auch der Stadt Hürth und des Rhein-Erft-Kreises. Mit dem Baubeginn rechnen Experten nicht vor 2016. Zügiger könnte es mit den ebenfalls alten Forderungen voran gehen: ganztägiges Lkw-Durchfahrtsverbot und Tempolimit auf der Brühler Landstraße. Denn schon auf einer im Vorfeld der Demo von beiden Vereinen anberaumten Bürgerversammlung hieß es, dass eine

Schadstoff-Messung des Landesumweltamtes in Höhe der Kita an der Brühler Landstraße unter anderem eine Überschreitung der zulässigen Stickstoffdioxid-Konzentration ergeben habe. Laut Gesetz sei die Stadt verpflichtet, dem umgehend entgegenzuwirken. Entziehe die Kommune sich dieser Pflicht oder werde sie nur zögerlich tätig, könnten Anwohnende entsprechende Anträge stellen, hatte auf der Versammlung ein Jurist die Betroffenen ermutigt. Während der Kundgebung bekräftigte Brambach den Durchhaltewillen („Wir werden nicht ruhen, bis unsere Forderungen umgesetzt sind“) auch in dieser Angelegenheit. Und warb um die fortgesetzte Unterstützung der Meschenicher Bürger.

Dass sich die Menschen im südwestlichen Stadtteil aber nicht nur reinere Atemluft und beruhigte Straßen wünschen, machte Brambach in seiner Ansprache rasch deutlich: Adressiert an die Bezirksregierung, die Stadtverwaltung und politischen Vertreter auf allen Ebenen prangerte er insgesamt die fehlende Chancengleichheit und eine Benachteiligung der Meschenicher Bewohner jeden Alters an. Ihnen böten sich „viel zu wenig Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“. Beim Bau der

Hochhaussiedlung vor vierzig Jahren und der „damit einhergehenden Verdopplung der Bevölkerung“ habe man versäumt, für die entsprechende Infrastruktur zu sorgen. Nur die gute Nachbarschaft, engagierte Mitbürger und Vereine trügen dazu bei, „dass sich viele Anwohner auch heute noch hier wohl fühlen“, stellte Brambach fest. Er zitierte aus dem Beitrag von Oberbürgermeister Jürgen Roters auf dem „Arsch huh“-Konzert. Auf der Bühne in Deutz habe dieser „Chancengleichheit für alle und gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ als „unseren (gemeinschaftlichen) Auftrag“ benannt: „Das Wohl eines Kindes darf nicht davon abhängen, in welchem Stadtteil es geboren wird und aufwächst. Wir dürfen die sozialen Probleme nicht auf einzelne Stadtteile abwälzen.“ Gemäß Roters Aussage stellte Brambach „in Meschenich genügend Ansatzpunkte“ für „Solidarität und Gerechtigkeit in dieser Stadt“ fest. Der Geschäftsführer des Vereins „aktiv für Meschenich“ listete etliche (auch in anderen Orten der Altgemeinde zu registrierende) Defizite auf. Die meisten davon scheinen seit einer „gefühlten“ Ewigkeit zu bestehen. Brambach beklagte etwa den eingeschränkten öffentlichen Personennahverkehr, egal, ob nach Brühl oder Köln. Er forderte eine Verbesserung der Bus-Takte, eine Shuttlebusverbindung nach Kalscheuren und das Vortreiben der Planungen für eine direkte Anbindung des Ortes an die Stadtbahn. Ebenso fehlten Radwege, beispielsweise an der Zaunhofstraße und Bödinger

Straße zu den Nachbarorten Immendorf und Rondorf. Diese seien notwendig auch zur Sicherung von Schulwegen. Sehlichst wüschte man sich in Meschenich einen Vollversorger sowie kulturelle Einrichtungen, beispielsweise ein Bürgerzentrum „mit Versammlungsmöglichkeiten für die vielen Vereine im Ort“. Brambach forderte Politik und Verwaltung auf, endlich mit allen Beteiligten und Interessierten konkret über ein solches Herzstück zu sprechen. Desgleichen drängten die Meschenicher auf die Einrichtung von fußläufig erreichbaren Naherholungsmöglichkeiten. Die bereits stillgeleg-

ten Flächen des Kiesabbaus könnten zumindest in Teilen schon vor dem um 2030 geplanten Abschluss der Rekultivierung für die Öffentlichkeit genutzt werden. Energisch sprach sich Brambach für die langfristige Sicherung der alternativlosen Sozialraumkoordination aus. Sie leiste vor Ort erfolgreiche, unverzichtbare Arbeit. Ihre im Rahmen der Haushaltsberatungen angedachte Einsparung sei nicht hinnehmbar. Schließlich reklamierte Brambach den „neuen Sportplatz“, den OB Roters bei seinem letzten Meschenich-Besuch versprochen habe: „Auch dafür liegen uns noch nicht ein-

mal die Pläne vor.“ Die Kundgebung schloss mit einem kurzen Statement von Johannes Wascheck, stellvertretender Vorsitzender der Bürger- und Vereinsgemeinschaft.

Noch in seiner Dezember-Sitzung griff der städtische Verkehrsausschuss eine der zentralen Forderungen der Meschenicher auf. Karsten Möring (CDU) beantragte, auch im Auftrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung, ein LKW-Durchfahrtsverbot auf der Brühler Straße. Ein solches hatte die Kommune 2006 schon einmal angeordnet. Damals aber war es von der Bezirksregierung als unverhält-

nismäßig bewertet und bald aufgehoben worden. Laut Brambach habe Möring vorangestellt, dass nun nicht nur die Verwaltung ein Entgegenkommen der Bezirksregierung angedeutet, sondern auch diese selbst ein positives Signal übermittelt habe. Gleichwohl habe der Ausschuss noch vor der Debatte mehrheitlich eine Vertagung der Angelegenheit beschlossen.

Dies soll der Bezirksregierung die nötige Zeit geben, das Verbot zu prüfen beziehungsweise die Verwaltung befähigen, den konkreten Standpunkt der Bezirksregierung zu eruieren. *E. Broich.*

FDP verleiht Friedrich-Jacobs-Preis an das Aktionsbündnis für eine Teilbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn

Anerkennung für Engagement der Südstadt-Mutbürger

Im Rahmen der letzten Weihnachtsfeier der Kölner Liberalen wurde der Preisträger des Friedrich-Jacobs-Preises 2012, das Aktionsbündnis für die Teilbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn, für ihr Engagement ausgezeichnet. Das Aktionsbündnis besteht aus der Interessengemeinschaft Severinsviertel, der ABC Aktionsgemeinschaft Bonner Straße, der IG Gestaltung des Chlodwigplatzes und der Lobby für die Südstadt.

Ursula Jünger von der Interessengemeinschaft Severinsviertel nahm den Preis stellvertretend für das Aktionsbündnis entgegen. Im Jahr 2010 hatte die FDP-Fraktion im Kölner Rat aus Anlass des 100. Geburtstages ihres langjährigen Fraktionsvorsitzenden und Bürgermeisters der Stadt Köln, Dr. Friedrich Jacobs erstmals einen Preis zu seinem Gedenken vergeben. 2010 war die Babyklappe im Haus Adelheid und 2011 die Stiftung Butzweilerhof ausgezeichnet worden.

Ralph Sterck, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion im Kölner Rat, verlieh den Preis in den Räumen der Severinstorburg in Anerkennung des besonderen Einsatzes des Aktionsbündnisses. Er sagte: „Im Gegensatz zu den sogenannten „Wutbürger“ bei „Stuttgart 21“ haben wir es bei den Vertreterinnen und Vertretern des Aktionsbündnisses mit „Mutbürgern“ zu tun. Mit Bürgerinnen



Nach der Preisverleihung in der Severinstorburg: Von links Fraktionsvorsitzender Ralph Sterck, Stephanie Fox-Bluhme, Ursula Jünger und György Patarica.
Foto: Thielen.

und Bürgern also, die sich im positiven Sinne für das Allgemeinwohl einsetzen und durch ihr Engagement eine Verbesserung der Lebenssituation vor Ort erreichen wollen.

Mit zahlreichen Aktionen wie einer Unterschriftensammlung mit über 4.000 Unterzeichnern, einer eigenen Homepage und einer Aufsehen erregenden Verpackungsjahre der neuen U-Bahn-Eingänge hat sich das Aktionsbündnis für die schnelle Inbe-

triebnahme der neuen U-Bahn spätestens 2015 eingesetzt. „Köln 15“ möchte ich das nennen“, so Sterck.

Kein Veedel in Köln habe so unter dem U-Bahn-Bau gelitten wie das Vringsveedel. Und nun, wo die Bauarbeiten auf der Teilstrecke der Nord-Süd-Bahn nahezu abgeschlossen sind, werde die in Sichtweite liegende Inbetriebnahme auf die lange Bank verschoben. Deshalb unterstütze die FDP-Fraktion im Rat die Forde-

lung des Aktionsbündnisses nach einer Inbetriebnahme des Streckenabschnitts.

In Anwesenheit ihrer Mitstreiter Stephanie Fox-Bluhme (IG Severinsviertel) und György Patarica (IG Gestaltung Chlodwigplatz) bedankte sich Ursula Jünger für die Anerkennung durch die Verleihung des Friedrich-Jacobs-Preises und wies darauf hin, dass eine Verweigerung einer schnellen Strecken-Inbetriebnahme fast schon als Betrug an den Geschädigten für zehn gestohlene Jahre und am Steuerzahler anzusehen sei. (ht).